

**Kreisverband Rotenburg/W.
Sabine Holsten**

Hans-Jürgen Schnellrieder
Vorstand

Bokelweg 43, 27389 Fintel

Tel.: +49 (4265) 93020

Mail.: gruene-kv@mci-mngt.de

www.gruene-kv-rotenburg.de

fb: www.facebook.com

[/GrueneKVRotenburg](https://www.facebook.com/GrueneKVRotenburg)

PM 2019-10 GRÜNE haben den Petitionsausschuss des Landtages angerufen und fordern neues und transparentes Standortsuchverfahren für Deponien im Landkreis

11.09.19

Bauschutt aus Atomkraftwerken nach Haaßel & Schimmelpilze nach Helvesiek – Schluss mit Unsicherheiten und Geheimniskrämerei!

GRÜNE haben den Petitionsausschuss des Landtages angerufen, um eine Ablehnung der Deponie im Haaßeler Bruch zu erreichen. Zugleich fordern sie die Verwaltung des Landkreises auf,

1. ein langfristiges Konzept für die Endlagerung von Bauschutt und Kompostiergut zu entwickeln,
2. für Haaßel und Helvesiek ein neues, öffentliches und transparentes Standortsuchverfahren einzuleiten,
3. unter Berücksichtigung von neuester Wissenschaft und Technik ein Konzept für eine optimierte Wiederverwertbarkeit von Reststoffen zu entwickeln, und
4. kommunale Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele in ihren Bauentscheidungen zu berücksichtigen.

Die Deponieentscheidungen der Verwaltung sind mittlerweile *die unendlichen Geschichten* schlechthin! Warum werden nicht alle Fakten auf den Tisch gelegt? Warum tritt der Landkreis nicht von dem Kaufvertrag in Haaßel zurück?



Warum sind die Suchverfahren nicht öffentlich und transparent? Warum führen neue Erkenntnisse nicht zum Umdenken?

Fragen über Fragen - die meisten bleiben unbeantwortet, da viel Geheimniskrämerei der sachlichen Beurteilung im Wege stehen, so die Sprecher

der Grünen im Kreis Rotenburg, Sabine Holsten und Hans-Jürgen Schnellrieder.

Seit Jahren ist die Errichtung einer Bauschuttdeponie der Klasse 1 („gering- oder unbelasteter Bauschutt“) im Naturschutzgebiet „Haaßeler Bruch“ sowie einer offenen Kompostierungsanlage in Helvesiek geplant. Gegen beide Bauvorhaben gibt es erhebliche rechtliche und naturschutzrelevante Bedenken. Die Bürger der betroffenen Gemeinden sind in großer Sorge um ihre Gesundheit.

Tatsächlich verschleiert die Deklaration von Haaßel als eine Deponie der Klasse 1. das Problem, denn in Wahrheit könnte dort Bauschutt aus dem Abriss von Atomkraftwerken endgelagert werden. Angeblich ist er „freigemessen“, also frei von Schadstoffen und Radioaktivität und somit laut Landrat „vollkommen unproblematisch“. Warum dürfen diese Reststoffe dann nicht einmal mehr im Straßenbau und für Lärmschutzwände benutzt werden? Das ist nicht schwer zu erraten: Er ist eben nicht frei von Schadstoffen!

Eine andere Kuriosität: Im Dezember 2014 wurde das Gelände bei Haaßel zum Naturschutzgebiet erklärt, nur 6 Wochen später hat das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg trotzdem die Deponieplanungen genehmigt. Versteht das noch jemand?

Es ist ja tatsächlich ein Problem: Wir produzieren jede Menge Wohlstandsmüll, aber wo tun wir ihn hin? Wo schadet er Mensch und Natur zumindest am wenigsten? Ob „Deponie Haaßel“ oder „Kompostierungsanlage Helvesiek“ – Müllentsorgung bleibt ein Spagat. Müssen nun aber eine „Mülldeponie“ unbedingt in die Nähe eines Naturschutzgebietes und eine Kompostierungsanlage für mehrere Tausend Tonnen Biomasse mitten in einen Gemeindeverbund wie Helvesiek gelegt werden?

Aufgabe einer Kreisverwaltung ist es, solche Probleme im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu lösen. Grundsätzlich besteht die Forderung, Abfälle als Rohstoffe anzusehen und als solche der Wiederverwertung zuzuführen. Das wäre in der heutigen Zeit der sinnvollste und nachhaltigste Weg, denn es verringert - wie in anderen Nachbarländern schon vorgemacht - sogar die notwendige Lagerkapazität von Langzeitdeponien.

Nun ist das letzte Suchverfahren aus dem letzten Jahrhundert (1988). Die damaligen Erkenntnisse und Vorgaben entsprechen insbesondere aus naturschutzfachlicher Sicht nicht mehr der heutigen Zeit.

Deshalb bleibt es unverständlich, warum die Verwaltung und die politischen Vertreter im Kreis sich so schwer für eine Anpassung an die heutigen

**PM 2019-10 GRÜNE haben den
Petitionsausschuss des Landtages angerufen und
fordern neues und transparentes
Standortsuchverfahren für Deponien im
Landkreis**



Anforderungen begeistern oder zumindest motivieren lassen. Was bewegt Verantwortliche in Politik und Verwaltung zu Entscheidungen, die aus der Zeit gefallen und unverantwortlich sind?
Das würden die Bürger sicher gerne wissen.

Ist es Ignoranz, Arroganz, gegebene Versprechen oder schlicht Opportunismus?
Wer weiß das schon ...

Hinweis zum Datenschutz: Sie haben das Recht, jederzeit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 DSGVO erfolgt, zu widersprechen. Wenn Sie diesen Newsletter für Pressemeldungen nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns einfach kurz eine formlose E-Mail an gruene-kv@mci-mngt.de. Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter www.gruene-kv-rotenburg.de